



Damit Schule Sinn macht:

Bildung braucht gesellschaftliche Akzeptanz.

Bildung braucht Zeit und Raum.

Bildung braucht Teilhabe.

Bildung braucht Vielfalt.

Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring NRW e.V.
Martinstraße 2 a, 41472 Neuss
Telefon: 0 21 31/46 95-0, Telefax: 0 21 31/46 95-19
E-Mail: info@ljr-nrw.de
Internet: www.ljr-nrw.de

V.i.S.d.P.:

Vorstand des Landesjugendrings NRW e.V.

Redaktion:

Christiane Trachternach

Layout und Druck:

Andreas Kuchem, sieprath druck service GmbH, Aachen

Fotonachweise:

Titel, S. 17, S. 21: dieprojektoren agentur für gestaltung und präsentation
S. 14: Journalistenbüro Röhr: Wenzel
(aus Foto-DVD „Blickwinkel“ im Rahmen von „Projekt P – misch dich ein“ des Deutschen Bundesjugendrings)
S. 3, S. 4, S. 11, S. 24: Bildagentur iStockphoto
S. 22: eSw - Ev. Schülerinnen- und Schülerarbeit in Westfalen (BK) e.V.

Das Positionspapier wurde auf der Vollversammlung des Landesjugendrings NRW am 17.09.2009 beschlossen.

Neuss, 2009

Inhalt

1. Vorwort	4
2. Aspekte des Bildungsverständnisses des LJR NRW	6
3. Schule braucht Integration statt Selektion	9
4. Bildung braucht Zeit und neue Zeitformate	13
5. Schule braucht neue Bildungsziele und –inhalte	16
6. Schule braucht mehr Demokratie und Partizipation	19
7. Bildung braucht Vielfalt	22



1. Vorwort

Eine gute Schulbildung und ein guter Schulabschluss sind heute unabdingbar für ein gelingendes Leben. Sie sind gleichsam die Eintrittskarte zur Integration in unsere moderne Gesellschaft und bieten die beste Grundlage, um ihre Herausforderungen meistern zu können. Allerdings wird das derzeitige Schulsystem seiner Aufgabe, für Chancengerechtigkeit zu sorgen und soziale Benachteiligungen auszugleichen, nicht gerecht. Das Gegenteil ist der Fall: Es findet eine deutliche soziale Selektion im Bildungssystem statt, die sich in den letzten Jahren sogar noch verschärft hat. Klar

ist also: das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen braucht Veränderung.

Mit der Ausweitung der Ganztagschulen, die den Alltag von Kindern und Jugendlichen immer mehr inhaltlich und zeitlich dominieren, wächst zugleich die Bedeutung von Schule im Erleben von Kindern und Jugendlichen. So ist es selbstverständlich, dass sie auch Wünsche und Forderungen dazu formulieren, wie sie sich ihre Schule vorstellen.

Der Landesjugendring vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen. Und dies nicht nur in der Freizeit, sondern in allen Lebensbereichen, in denen die Interessen von Kindern und Jugendlichen



berührt sind. Kinder und Jugendliche bestimmen in den demokratischen Strukturen der Jugendverbände selbst mit. Sie formulieren ihre Vorstellungen von einem guten Leben, tauschen sich aus über ihre Interessen in Schule, Freizeit und Elternhaus und diskutieren Probleme und Herausforderungen in unserer Gesellschaft.

Die Schnittstellen zwischen formaler und non-formaler Bildung sowie die settings für informelle Bildungsprozesse gewinnen zunehmend an Bedeutung. Das Schulministerium NRW hat erkannt, dass Schule allein die Aufgabe, eine bestmögliche Förderung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, nicht erfüllen kann. Das Ministerium setzt nun auf regionale Bildungsnetzwerke, in denen alle kommunalen und gesellschaftlichen Kräfte vor Ort zur Unterstützung von Schulen gebündelt werden sollen.

Ziel von Bildungsnetzwerken kann jedoch nicht sein, außerschulische Bildungsakteure zu Aushilfen in einem defizitären Schulsystem zu machen. Zentrale Zielsetzung lokaler

Bildungslandschaften muss die Verzahnung unterschiedlicher Bildungsqualitäten auf der Grundlage eines umfassenden Bildungskonzeptes und Bildungsverständnisses sein. Die Gleichberechtigung aller Bildungsakteure und die Anerkennung der Gleichwertigkeit ihrer Bildungsleistungen sind dabei unabdingbare Voraussetzungen für gelingende Kooperationen.

Die bildungspolitischen Debatten werden seit Jahrzehnten mit großer Vehemenz geführt. Mit diesem Positionspapier will der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen Bedarfe formulieren, Anforderungen und Lösungsansätze für eine gute Bildungspolitik skizzieren und damit die Debatte bereichern. Das Positionspapier wurde am 17.09.2009 auf der Vollversammlung des Landesjugendrings NRW beschlossen.

Wir erhoffen uns frischen Wind in den Diskussionen und gute Ergebnisse im Sinne der Kinder und Jugendlichen.

Der Vorstand des Landesjugendrings NRW

2. Aspekte des Bildungsverständnisses des LJR NRW

Bildung gilt als die Ressource der Zukunft. Zunächst eher Nebenprodukt anderer großer Themen – wie z.B. demographischer Wandel und Überalterung unserer Gesellschaft, Überlastung der Sozialsysteme, Herausforderungen einer globalen Wirtschaft, Fachkräftemangel – hat das Thema Bildung derzeit eine enorme Bedeutung erlangt. Die enttäuschenden Ergebnisse, die Deutschland in internationalen Schulleistungsuntersuchungen wie PISA regelmäßig attestiert werden, haben erregte Diskussionen um die zukünftige Ausrichtung der Bildungspolitik zur Folge.

Aber was genau wird in schul- und bildungspolitischen Debatten derzeit eigentlich unter „Bildung“ verstanden? Und was – im Gegensatz dazu – brauchen unsere Kinder und Jugendlichen wirklich, um ihr Leben selbstständig in dieser Gesellschaft meistern zu können?

Bildung fungiert derzeit als „Sammelbegriff für all jene Lern- und Trainingsprozesse, denen sich die Menschen unterziehen müssen, um im Kampf um die knapper und anspruchsvoller werdenden Arbeitsplätze mithalten zu können“, so beschreibt der Bildungswissenschaftler und Philosoph Konrad Paul Liessmann die gegenwärtigen Diskurse¹. Die Nützlichkeit erworbenen Wissens und angeeigneter Kompetenzen für die

¹ Konrad Paul Liessmann: Bildung - Selbstzweck oder Crashkurs? Ein Plädoyer für das zweckfreie Lernen, in: Menschen. Das Magazin, Ausgabe 01/2009 oder „Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft“

berufliche Karriere einerseits und für die Erfordernisse einer globalisierten Wirtschaft andererseits würden zum entscheidenden Bezugspunkt, an dem sich alle Lehrpläne orientieren. Es werde zwar noch von „Bildung“ gesprochen, gemeint werde i.d.R. aber eine an den Erfordernissen der Wirtschaft orientierte, effiziente, maßgeschneiderte Qualifizierung von Menschen.

Der Landesjugendring NRW hat sein Bildungsverständnis in der Broschüre „Kompetenzen - Wissen - Werte“ (2005) formuliert: „Als biographisch orientierter, offener und niemals abzuschließender Prozess dient Bildung der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Individualität eines Menschen mit dem Ziel einer selbst bestimmten und erfolgreichen Lebensführung sowohl in Partnerschaft und Familie als auch in Bezug auf soziale, kulturelle, berufliche und politische Teilhabe. Bildung ist ein zutiefst persönlicher Vorgang, der sich im Austausch mit anderen vollzieht, indem sich der Mensch kritisch mit seiner Erfahrungswelt und der Vielfalt kultureller Werte auseinandersetzt und sich seiner eigenen Möglichkeiten und Grenzen bewusst wird. Bildung bezeichnet also das Vermögen, sich in einer kompliziert und unübersichtlich gewordenen Welt zurechtzufinden und diese mitgestalten zu wollen und zu können.“²

Es ist einleuchtend, dass Bildung von anderen Voraussetzungen ausgehen muss, andere Ziele, Inhalte, Methoden und Rahmenbedingungen impliziert als berufliche

² Kompetenzen, Wissen, Werte. Nichtformelle und informelle Bildungsprozesse in Jugendverbänden. Landesjugendring NRW (2005)



Qualifizierungen. Es kann jedoch nicht um eine entweder-oder-Entscheidung Bildung vs. Qualifizierung gehen. Vielmehr muss die Frage geklärt werden, wie Bildungspolitik beide Bereiche integrieren und sowohl angemessene Bedingungen für Selbstbildungs- als auch für Qualifizierungsprozesse schaffen kann. Der Dreiklang aus Kompetenzen, Wissen und Werten bietet unseres Erachtens dafür einen guten Denkraum.

Der Bericht der Enquete-Kommission „Chancen für Kinder“ der Landesregierung (2008) betont, dass formale und non-formale Bildungsprozesse in einander greifen und sich ergänzen sollten. Erziehung, Bildung und Betreuung könnten dann optimal wirken, wenn Beiträge der non-formalen und infor-

mellen Bildung anerkannt, wertgeschätzt und in den sich anschließenden Bildungsprozessen berücksichtigt werden.³

Die Frage des Verhältnisses von Qualifikation und Bildung impliziert allerdings auch Überlegungen dazu, wo sich Schule begrenzen muss, damit Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, sich auf sich selbst konzentrieren zu können, nicht verplant zu werden und entlang fester Curricula Wissen anzusammeln, sondern selbst zu handeln und sich bspw. auch dafür zu entscheiden, in außerschulischen Bereichen eigene Bildungserfahrungen zu machen, die so eben nicht in Schule passieren können. Junge

3 Chancen für Kinder. Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen. Bericht der Enquetekommission 2008

Menschen brauchen Zeiten und Räume außerhalb der Schule, in denen sie zweckfrei und in eigener Verantwortung ihre Zeit verbringen und gestalten können. Eine Begrenzung von Schule ist auch deshalb wichtig, da Schule nicht als eine Art „Allzweckwaffe“ bei allen Bildungs- und Erziehungsaufgaben eingesetzt werden kann und sollte.

Denn ob Bildungsprozesse gelingen, kann nicht an Standards und Erfolgsquoten gemessen werden, sondern hängt allein davon ab, welche vielfältigen Möglichkeiten zur Selbstbildung eine Gesellschaft ihrer jungen Generation bietet und welche Mittel sie ihnen dafür an die Hand gibt, um diese nutzen zu können.

3. Schule braucht Integration statt Selektion

„Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und Herkunft und sein Geschlecht ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung“, so wird die Aufgabe der Schule im Schulgesetz Nordrhein-Westfalen beschrieben.

In periodischen Abständen belegen verschiedene Studien allerdings, dass das Bildungssystem in Deutschland soziale Ungerechtigkeiten nachhaltig verstetigt. In seinem Bericht zur Einschätzung des deutschen Bildungssystems bescheinigte der UNO-Bildungsexperte Vernor Muñoz dem deutschen Schulsystem, eines der selektivsten auf der Welt zu sein. Der größte Makel dabei ist die große Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft.

Bildung ist jedoch ein Menschenrecht. Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte schreibt den Anspruch auf freien Zugang zu Bildung, Chancengleichheit und Schulrecht fest. Bildung ist also ein universelles und zugleich individuelles Recht, denn es gilt für jede und jeden Einzelnen und das überall.

Arme Kinder wachsen oft in bildungsfernen Familien auf. Den Eltern fehlen häufig die entsprechenden kulturellen Ressourcen, um ihren Kindern zu den heute nötigen Grundkenntnissen und -fähigkeiten für gelingende Bildungsprozesse verhelfen zu können. Somit werden prekäre Lebenslagen und Berufslaufbahnen „vererbt“.

Fast jedes vierte Kind in Nordrhein-Westfalen lebt in einem einkommensarmen Haus-

halt. Mit einer Armutsrisikoquote von 24,5% tragen Kinder und Jugendliche dabei ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Die Armutswahrscheinlichkeit für allein Erziehende ist in Nordrhein-Westfalen mit 37,7% zu veranschlagen, für Familien mit drei und mehr Kindern liegt die Wahrscheinlichkeit sogar bei 43,3%. Materielle Armut bei Kindern geht zudem häufig einher mit einem ungünstigen Gesundheitsverhalten, psychosozialen Belastungen und Defiziten in der sozialen Kompetenz. Angesichts dieser Entwicklungen muss oberstes Ziel einer zukunftsorientierten Bildungspolitik die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit, Integration und Chancengleichheit sein. Unser Schulsystem ist jedoch derzeit gar nicht darauf ausgerichtet, zu integrieren, sondern es verschärft soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen. Diese Einschätzung spiegeln auch der aktuelle Bildungsbericht und weitere Untersuchungen wider:

- Fast 80.000 Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule jährlich ohne Abschluss. Das sind ca. 8% eines Jahrgangs, darunter überproportional viele junge Menschen aus Zuwandererfamilien;
- Nach wie vor müssen fast 4% der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I eine Klasse wiederholen;
- Im gegliederten Schulsystem ist grundsätzlich eine gewisse Mobilität zwischen verschiedenen Bildungszweigen und Schulformen möglich, praktisch funktioniert die Durchlässigkeit allerdings weitaus eher nach unten als nach oben: Auf jeden Wech-

sel innerhalb des Sekundarbereichs I in eine höher qualifizierende Schulart kommen im Bundesgebiet fast fünf Abwärtswechsler (in NRW liegt diese Quote sogar bei 1:10), Aufstiege ins Gymnasium kommen nur in Ausnahmefällen vor;

- Der Schulwechsel erfolgt eindeutig häufiger *in* die Förderschulen hinein. Bundesweit haben rund 8% der Förderschüler im vorangegangenen Jahr noch eine allgemeinbildende Schule besucht (NRW: 10,5%), während umgekehrt nur ca. 3% in eine andere allgemeinbildende Schule gewechselt sind (NRW: 2,2%). Mit über 7.500 Abgängern haben 2006 in Nordrhein-Westfalen etwa 70% aller Förderschülerinnen und -schüler die Schule ohne mindestens einen Hauptschulabschluss verlassen. Es fällt auf, dass der Anteil von Kindern aus Zuwandererfamilien an den Förderschulen außergewöhnlich hoch ist;
- Für Schülerinnen und Schüler mit einem geringen Schulabschluss ist der Übergang von der Schule in das Ausbildungssystem höchst problematisch: 40% der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss haben auch 30 Monate nach Schulende noch keine qualifizierte Berufsausbildung beginnen können;
- Junge Menschen aus Zuwandererfamilien sind in allen Stufen des Schulsystems überproportional von Benachteiligungen betroffen: Sie verlassen doppelt so häufig eine allgemeinbildende Schule ohne Abschluss und besuchen selbst bei gleichem Sozialstatus seltener das Gymnasium; Während

50% der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund nach 3 Monaten einen Ausbildungsplatz vorweisen konnten, erreichten Jugendliche aus Zuwandererfamilien diese Quote erst nach 17 Monaten. Im Übergangssystem sind sie dagegen zu 60% vertreten, Tendenz steigend. ¹

- In Deutschland erreichen 83% der Kinder von Akademikereltern und lediglich 23% der Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien das Abitur. Zudem studieren Kinder aus nicht-akademischen Elternhäusern mit gleichen Abiturnoten weitaus seltener als Kinder aus Akademikerfamilien.²

Die extrem frühe Selektion der Kinder nach der 4. Klasse ist eine einschneidende Zäsur, bei der bereits für 10-jährige Kinder die entscheidenden Weichen für eine gelingende oder prekäre Lebensführung gestellt werden. Viele Kinder erhalten somit gar nicht die Chance, ihre Begabungen zu entfalten. Andersherum betrachtet verliert auch die Gesellschaft dadurch ein enormes Potential. Eine gezielte Förderung von besonders schwachen oder benachteiligten Kindern findet genauso wenig statt wie die Förderung von ausgesprochen begabten Kindern.

Laut IGLU-Studie 2006 besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen der Schullaufbahnempfehlung der Lehrkräfte für eine weiterführende Schule nach der 4. Klasse und dem kulturellen Hintergrund der Familie eines Kindes. Kinder aus Migrantenfamilien erhalten

¹ Vgl. Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I.

² Quelle: 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks/Hochschul-Informationssystem 2007; Bildung in Deutschland 2008



weitaus weniger häufig gute Empfehlungen für weiterführende Schulen.

Durch eine ausschließlich deutschsprachig geprägte Kultur trägt Schule dazu bei, Benachteiligungen zu reproduzieren. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Pflege der Herkunftssprache ein äußerst wichtiger Beitrag zum Erwerb der deutschen Sprache ist. Empfohlen wird der konsequente Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts und die

Gleichstellung mit dem bisherigen Fremdsprachenunterricht, durch die Orientierung an Bildungsstandards, die Entwicklung eines überprüfbaren Curriculums inklusive der Möglichkeit, Abitur zu machen sowie entsprechend qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern. Dies würde sowohl eine Anerkennung der durch Bilingualität gekennzeichneten Lebensrealität vieler Kinder und Jugendlicher bedeuten als auch für die Schulen neue Perspektiven eröff-

nen, ihre Schülerinnen und Schüler auf das Leben in einer globalen Welt vorzubereiten.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben ganz nach Wirtschaftslage sehr unterschiedliche Möglichkeiten für Investitionen, was sich nicht nur auf die Schulgebäude, sondern zum Beispiel auch auf Zuschüsse zu Mittagessen und Bildungsmaterial auswirkt. Die Chance auf gute Bildung ist damit von Faktoren abhängig, denen Kinder und Jugendliche und ihre Familien ohne Einflussmöglichkeit ausgesetzt sind, so dass hier durchaus von struktureller Benachteiligung gesprochen werden kann.

Ziel einer guten Schulpolitik muss eine gemeinsame Schule für alle Kinder und Jugendlichen sein, die Verschiedenheit respektiert und nicht von allen das Gleiche verlangt, sondern jedes einzelne Mädchen und jeden einzelnen Jungen in seiner Gesamtentwicklung fördert. Kein Kind darf verloren gehen!

Die Jugendverbände in NRW fordern:

- Das Ziel der Integration aller Kinder und Jugendlichen muss als oberstes Leitziel von Schule in der Praxis umgesetzt werden.
- Gemeinsames Lernen in einer Schule bis zur 10. Klasse für alle Kinder und Jugendlichen. Dieses gemeinsame Lernen findet

durch individuellen Unterricht in heterogenen Lerngruppen statt.

- Schulen müssen durch angemessene Formen individueller Förderung ihren Beitrag dazu leisten, dass jeder Schüler und jede Schülerin einen Abschluss erhält, der sie für eine Berufsausbildung qualifiziert; dazu muss die Bandbreite an Fördermöglichkeiten in und außerhalb der Schule ausgeweitet werden.
- Alle Bildungsanforderungen müssen in den schulischen Tagesablauf integriert werden, so dass alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen eine Chance auf Unterstützung und Begleitung haben.
- die Einstellung von zusätzlichem Personal verschiedener pädagogischer Professionen sowie Strukturveränderungen, die neue Unterrichtsformen ermöglichen
- kostenloses und gesundes Mittagessen aus regionalen, saisonalen und fair gehandelten Produkten für alle Schülerinnen und Schüler und Einrichtung von Mensen in jeder Schule
- Lernmittelfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler
- Der muttersprachliche Unterricht sollte ausgebaut und dem bisherigen Fremdsprachenunterricht gleichgestellt werden.

4. Bildung braucht Zeit und neue Zeitformate

Die Furcht von Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft davor, dass zukünftige Generationen den Anforderungen einer globalisierten Welt nicht genügen könnten, führt bei manchen Bildungsverantwortlichen dazu, dass das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mit einer „entgrenzten Dauerqualifizierung“ (Thomas Rauschenbach) gleichgesetzt wird.

Aktuelle schulpolitische Entscheidungen haben eine enorme zeitliche Verdichtung von Schulzeit als Ziel. Für Kinder und Jugendliche aller Schulformen bedeuten diese Verdichtungen (Schulzeitverkürzungen am Gymnasium auf G8, Verkürzung der Lernzeit bei gleichzeitiger Ausweitung des Schulunterrichts in den Nachmittagsbereich, Lernstoffverdichtung) oft eine enorme Stressbelastung.

Hintergrund für diese Entscheidungen dürfte weniger der Blick auf Kinder und Jugendliche mit ihren individuellen Bedürfnissen und Potentialen sein, sondern vielmehr der Blick auf internationale Rankings.

Die Ansprüche an das abrufbare Wissen steigen, ohne dass Schule diesem Anspruch mit angemessener Lernunterstützung selbst gerecht werden könnte. Hier einzuspringen wird oft den privaten Haushalten überlassen. Kinder und Jugendliche sind angewiesen auf helfende, kompetente Eltern oder entsprechenden Nachhilfeunterricht, den sich viele Familien schlicht nicht leisten können.¹

1 Was wissen wir über Nachhilfe? – Sachstand und Auswertung der Forschungsliteratur zu Angebot, Nachfrage und Wirkungen. Studie von Dieter Dohmen u.a. im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, 2008

Für eine gute Förderung aller Kinder und Jugendlichen ist es daher wichtig, alle Bildungsanforderungen in den schulischen Tagesablauf zu integrieren und so allen gleichermaßen eine Chance auf Unterstützung und Begleitung zu bieten. Die Dauer der Lernzeit in einer bestimmten Bildungsphase und die Zeitpunkte des Übergangs in eine anschließende Bildungsphase dürfen dabei nicht an Altersgrenzen gekoppelt werden. Ausschlaggebend muss vielmehr die individuelle Entwicklung jedes Kindes sein, die die Grundlage legt für individuelle Bildungspläne, ausgerichtet an Fähigkeiten und Lerntempo des einzelnen Kindes bzw. Jugendlichen.

Viele Schulen versuchen mit hohem Engagement, strukturelle Nachteile auszugleichen und insbesondere schwächere Kinder und Jugendliche intensiv zu fördern. Für diese Förderung brauchen sie Zeit, die sie in Ganztagschulen eher finden als in Halbtagschulen. Mit der steigenden Anzahl von Ganztagschulen wachsen auch die Chancen auf eine bessere Förderung. Ein Bildungssystem kann soziale Ungerechtigkeiten nicht abschaffen, aber durch die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen besteht zumindest die Chance auf eine bestmögliche Bildung für jedes Kind und jeden Jugendlichen - unabhängig von Faktoren wie Familieneinkommen oder sozialem und kulturellem Hintergrund.

Bildung braucht Zeit und Vielfalt: Neben neuen Zeitformaten für den fachlichen Unterricht jenseits der 45-Minuten-Stunde sollten Zeiten für außerunterrichtliche Angebote und Lerngelegenheiten, Projekte, Spiel und Sport sowie Zeiten fürs Selbststudium, Erholung

und für ausreichende Ernährung eingeplant werden. Eine umfassende Rhythmisierung des Schulalltags kann so zu einem Mittel der Unterrichtsentwicklung werden: hin zu einem Unterricht, der die Schüler zum eigenständigen und aktiven Lernen herausfordert und ihnen auch die nötigen Freiräume eröffnet, um dies in ihrem individuellen Tempo und mit eigenen Akzenten zu tun.

Eine aktuelle Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen kommt zu dem Ergebnis, dass die Organisationsform (offen, teilgebunden, vollgebunden) für sich genommen kaum eine Rolle für die positive oder negative Be-

urteilung einer Schule spielt.² Weitaus wichtigere Faktoren für die Schulzufriedenheit sind:

- ein positives soziales Schulklima
- vielfältige Wahlmöglichkeiten mit einer inhaltlich breiten Palette von Angeboten (d.h. mit einem ausgewogenen Verhältnis von fachbezogenen, freizeitbezogenen sowie fächerübergreifenden Angeboten)
- Angebote, die an den Interessen und Bedürfnissen der Schüler/innen anknüpfen
- verschiedene Ansprechpartner/innen im Unterrichtsbereich sowie in außerunter-

2 H. Holtappels, E. Klieme, Th. Rauschenbach, L. Stecher: „Ganztagschule in Deutschland. Ergebnisse der Ausgangserhebung der „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen“ (StEG)“, 2. korrigierte Auflage, 2008



richtlichen Angeboten mit guten Beziehungen zu Schülerinnen und Schülern

- eine durch Innovationsbereitschaft und Kooperation gekennzeichnete Organisationskultur der Schule
- eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften und dem weiteren pädagogischen Personal
- ein gemeinsam erarbeitetes pädagogisches Konzept für die Ganztagsarbeit, das Unterricht und außerunterrichtlichen Elementen eng verzahnt

Als wichtige, insbesondere für die Sekundarstufe bisher deutlich zu wenig praktizierte Aufgabe wird die Partizipation von Schülerinnen und Schülern beschrieben. Sie werden bisher viel zu selten in die Planungen mit einbezogen.

Ziel müsse sein, eine fundierte Balance zwischen Schülerorientierung und kompetenzorientiertem Bildungskonzept herzustellen, die vielfältige Chancen für Partizipation und informelles Lernen beinhaltet.

Allerdings beinhaltet ein umfassendes Verständnis von Bildung noch weitaus mehr als das Lernen in Schule. Für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, vielfältige Lernerfahrungen auch außerhalb von Schule machen zu können – gerade wenn sie eine Ganztagschule besuchen. Schule braucht daher einen klar begrenzten Rahmen, damit es auch einen Raum neben Schule geben

kann. Kinder und Jugendliche brauchen Zeit für Hobbys, für Freunde, Familie und auch für außerschulische Bildungsangebote, wie bspw. Jugendverbände sie bieten.

Die Jugendverbände in NRW fordern:

- ein qualitativ gut ausgebautes flächendeckendes Ganztagsschulsystem, wobei die gewählte Organisationsform (offen, teilgebunden, gebunden) sich an den konkreten Bedarfslagen der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien orientieren muss
- Wiedereinführung der 9-jährigen Schulzeit an Gymnasien
- Schaffung eines zeitlich flexiblen Systems für Bildungsübergänge, orientiert an der individuellen Entwicklung eines Kindes oder Jugendlichen
- die Abschaffung der Hausaufgaben und die Integration von Lernzeiten in den Schulalltag
- Raum für eigenverantwortliches, freies und individuelles Lernen im Rahmen der Schule
- Räumlichkeiten in der Schule für offene und projektorientierte Arbeitsformen sowie Rückzugsräume für Kinder und Jugendliche
- Einbezug außerschulischer Bildungsangebote und Bildungsorte der Jugendarbeit nicht nur als Freizeitangebote für den Nachmittag, sondern auch durch Kooperationen innerhalb des Fachunterrichts

5. Schule braucht neue Bildungsziele und -inhalte

Das Aufwachsen in unserer Gesellschaft ist in zunehmendem Maße dadurch gekennzeichnet, dass die individuelle biographische Zukunft tendenziell immer weniger planbar ist und Menschen sich mit vielerlei Ambivalenzen und Brüchen in ihrer Lebensführung sowie mit der Notwendigkeit zu Neuorientierungen auseinandersetzen müssen. Das Forum Bildung formuliert drei Zieldimensionen für Bildung: Bildung bietet persönliche Orientierung in einer immer komplexer werdenden Welt, Bildung ermöglicht Teilhabe und die Gestaltung des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens und Bildung ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung.

Auch wenn der Bildungsanspruch der Schule meist sehr umfassend beschrieben wird, muss konstatiert werden, dass aktuelle schulpolitische Diskussionen von einem Bildungsverständnis geprägt sind, das hauptsächlich nach Messbarkeit und Vergleichbarkeit von erworbenem Wissen fragt. Schulische Bildung, die sich vorwiegend auf die Vermittlung von kulturellem Wissen und die Aneignung von materiell-praktischen Kompetenzen beschränkt, bereitet junge Menschen somit nur bedingt auf gesellschaftliche Teilhabefähigkeit sowie auf eine selbständige Lebensführung vor.

Dennoch sind Kinder und Jugendliche darauf angewiesen, dass Schule die Aufgabe der formalen Bildung gut erfüllt, denn Kompetenzen in diesen Bereichen sind insbesondere aus-

schlaggebend für die Teilnahme am Arbeitsleben, die einen wesentlichen Lebensbereich ausmacht.

Diese Konzentration darf jedoch keineswegs dazu führen, dass das Fächerspektrum an Schulen eingeschränkt oder zugunsten aktuell geforderten, arbeitsmarktkompatiblen Fachwissens verschoben wird. Während Mathematik, Deutsch, Englisch und Naturwissenschaften gestärkt werden, erfahren Fächer wie Geschichte, Sozialwissenschaft, Politik, Kunst und Musik sowie Sport derzeit eine Schwächung, die wir kritisch sehen, da ihre Bedeutung für die Erziehung zu Demokratinnen und Demokraten nicht unterschätzt werden darf. Die Auseinandersetzung mit historischen und politischen Ereignissen, mit anderen Wertvorstellungen und Kulturen sind von großer Wichtigkeit für die Entwicklung von eigenen Werten, von Diskussions- und Kompromissfähigkeit.

Nordrhein-Westfalen ist geprägt durch vielfältige Kulturen. In den kommenden zehn Jahren ist damit zu rechnen, dass in den nordrhein-westfälischen Städten mehr als 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben werden. Die Integration aller jungen Menschen sowie die Förderung interkultureller Kompetenzen bei allen Heranwachsenden muss Querschnittsaufgabe in Schule sein.

Für eine umfassende Bildung junger Menschen ist es andererseits notwendig, dass sich formale, non-formale und informelle Lernprozesse verschränken und gegenseitig ergänzen. So können auch die weiteren Dimensionen von

Bildung - die Sozialintegration und der Bereich der personalen Kompetenzen - gefördert werden. Außerschulische Partner können mit ihrem jeweils eigenen Bildungsverständnis und ihren eigenen Bildungsmethoden und -zielen dabei einen wertvollen Beitrag leisten. Ziele von Jugendverbandsarbeit sind in erster Linie die Förderung der Entwicklung junger Menschen mit dem Ziel einer selbstverantwortlichen und selbst bestimmten Lebensweise, gesellschaftliche Mitverantwortung und soziales Engagement. Jugendverbände bieten somit einen Rahmen zum Erwerb wichtiger Schlüsselqualifikationen und leisten einen bedeutenden Beitrag zur Persönlichkeitsent-

wicklung von Kindern und Jugendlichen. Anknüpfen an den Interessen junger Menschen, Mitbestimmung und Mitgestaltung, Selbstorganisation sowie Freiwilligkeit bezeichnen das Selbstverständnis der Jugendverbandsarbeit, das sie damit von formalen Bildungsorten wie der Schule grundlegend unterscheidet. Durch subjektorientierte, lebensweltbezogene Angebote können Pädagoginnen und Pädagogen der außerschulischen Bildung Kinder und Jugendliche anders ansprechen und andere (Selbst-)Bildungsprozesse ermöglichen. Im Sinne einer optimalen Förderung von Kindern und Jugendlichen gilt es, die unterschiedlichen Blickwinkel von Schule und Ju-



gendarbeit zu verstehen, anzuerkennen und die jeweiligen Kompetenzen wertzuschätzen.

Die Jugendverbände in NRW fordern:

- Alle Kinder und Jugendlichen müssen in der Schule die bestmögliche individuelle Förderung im formalen Bildungsbereich erhalten. Schulische Bildung muss sich darauf konzentrieren, Settings für die Aneignung von Schlüsselkompetenzen zu schaffen anstatt auf punktuell nützliches Fachwissen und Stofffülle zu setzen.
- Geisteswissenschaftliche und musisch-kulturelle Fächer sowie Sport und Gesundheit müssen wieder aufgewertet werden, ferner

wird für alle Bekenntnisse Religionsunterricht angeboten.

- Neben klassischen Bereichen der Wissensvermittlung müssen personale und soziale Kompetenzen wie Verantwortungsübernahme, Hilfsbereitschaft, Konflikt- und Teamfähigkeit, aber auch interkulturelle Kompetenz und Medienkompetenz verstärkt gefördert werden.
- In der ganztägigen Schule muss Raum für non-formale Bildungsprozesse und informelle Lerngelegenheiten sein, was auch den stärkeren Einbezug von Kooperationspartnern der außerschulischen Bildung, insbesondere im Internatsbetrieb, einschließt.

6. Schule braucht mehr Demokratie und Partizipation

Für Kinder und Jugendliche ist die Schule der wichtigste Bezugsraum nach dem Elternhaus. Schule ist ein eigener Mikrokosmos, in dem sich Freundschaften entwickeln, Begegnungen stattfinden, soziale Erfahrungen gemacht, aber auch Konflikte ausgetragen werden müssen. Schule ist in ihrer Begrenztheit auch ein Spiegelbild unserer Gesellschaft und hat die Aufgabe, junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten.

Zum Bildungsauftrag der Schule gehört die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und die Befähigung von Kindern und Jugendlichen, verantwortlich am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, beruflichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen und ihr eigenes Leben gestalten zu können (Schulgesetz NRW, §2). Zu solch einem selbst bestimmten Leben gehören ganz wesentlich auch die Übernahme von Verantwortung und die Teilhabe an Entscheidungen.

Als Selbstorganisationen von Kindern und Jugendlichen ist die gesellschaftliche Partizipation von jungen Menschen den Jugendverbänden ein zentrales Anliegen. Junge Menschen wollen mitgestalten, mitentwickeln und mitentscheiden, wie ihre Lebenswelt aussieht. Dieser zutiefst demokratische Anspruch wird in den Jugendverbänden gelebt und zugleich auch für die Schule eingefordert. Denn nur eine demokratische Schule macht Demokratie für Schülerinnen und Schüler aktiv erfahrbar

und lässt sie für Demokratie eintreten und sie weiter tragen.

Damit ist nicht nur die Qualität von Beteiligung angesprochen, sondern auch die Frage, wie Kinder und Jugendliche zu wirklicher Teilhabe befähigt werden. Die Ausbildung von Wertorientierungen und demokratischen Tugenden setzt Gelegenheiten zum Erleben und Erfahren demokratischer Strukturen und Verhaltensweisen voraus. Jede Werteerziehung kann daher nur erfolgreich sein, wenn in diesen Lernorten ein Bewusstsein für Werte, ihre Bedeutung und ihre Grenzen existiert und aktiv vorgelebt wird. Neben der gleichberechtigten Beteiligung an der Gremienarbeit sind daher weitere Formen im schulischen Kontext zu entwickeln. Positive Beispiele hierzu gibt es bereits an Schulen im Rahmen der Projektarbeit oder von Zukunftswerkstätten und Qualifizierungen.

Daneben gibt es weitere gute Programme u.a. auch der Jugendverbände, denen der Gedanke von Mitbeteiligung und Mitverantwortung von Schülerinnen und Schülern innerhalb der Kommunikations- und Konfliktkultur einer Schule zugrunde liegt, bspw. Schülermentorenprogramme, Streitschlichterprogramme, SporthelferInnenausbildung der Sportjugend, Schulsanitätsdienst des Jugendrotkreuzes. Solche Partizipationsformen ermöglichen die Erweiterung sozialer und personaler Kompetenzen und tragen in hohem Maße zur Entwicklung eines positiven Schulklimas bei.

Viele Studien belegen, dass ein frühes Engagement das weitere Verhalten von Menschen im Lebenslauf prägt, sie persönlich in hohem

Maße davon profitieren und auch später deutlich öfter engagiert sind. Engagement und Mitbestimmung in Schule können somit ein Einstieg in ein künftiges Engagement im Sozialraum und in der Gesellschaft sein.

Von großer Bedeutung für die persönliche Entwicklung von jungen Menschen sind auch die Schulkultur und das Schulklima. Diese sollten geprägt sein von einem solidarischen Umgang miteinander, von Respekt und Rücksichtnahme. Zu einer guten Schulkultur gehört aber auch eine Diskussionskultur, in der Konflikte ausgetragen und Kompromisse ausgehandelt werden können. Nur unter solchen Voraussetzungen können junge Menschen sich in einem angstfreien Raum entwickeln. Einseitig von Lehrkräften vergebene Beurteilungen wie Kopfnoten halten wir hingegen für ein wenig geeignetes Mittel, um Selbstreflexionsprozesse zu fördern. Schülerinnen und Schüler dürfen nicht als Objekte angesehen werden, über die verhandelt und entschieden wird, sondern sind als handelnde Subjekte wahrzunehmen. Dies bedeutet umgekehrt für Lehrerinnen und Lehrer auch, dass sie Schülerinnen und Schülern mehr Eigenständigkeit zugestehen, ihrerseits Kritik aushalten und Konflikte konstruktiv lösen.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, die traditionellen Lernformen zu überdenken. Durch traditionelle Unterrichtsformen, in denen eine Lehrkraft die alleinige Verantwortung für Unterrichtsgestaltung und -prozesse übernimmt, nehmen die Schülerinnen und Schüler eher eine rezeptiv-passive Haltung ein und lernen

tendenziell eher, ihr eigenes Denken an das des Lehrers anzupassen.

Kooperative Lernformen, in denen Lerninhalte eigenständig und durch den Austausch mit anderen Schülerinnen und Schülern erworben werden, indem sie auch voneinander lernen, bedeuten demgegenüber neben dem fachlichen Lernerfolg auch einen enormen Zuwachs an Sozial- und Selbstkompetenz. Diese Lernformen setzen jedoch eine Veränderung der Rolle der Lehrkräfte und ein Abbau des Machtgefälles zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern voraus.

Die Jugendverbände in NRW fordern:

- Ausbau verschiedener Formen zur aktiven Teilhabe und Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern im Schulalltag
- Übernahme von Verantwortung im Schulalltag, Mitbestimmung und Gestaltung eigener Bildungsangebote durch Schülerinnen und Schüler
- Gleiches Stimmgewicht in der Schulkonferenz für Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer
- Einführung eines Schulentseids auf Antrag der SchülerInnenvertretung (SV)
- Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür sind zu schaffen, dass die Schulleitung durch die Schulkonferenz eingestellt wird.
- Konstruktive Kultur eines gegenseitigen Feedbacks von LehrerInnen und SchülerInnen statt einseitiger Vergabe von „Kopfnoten“
- Bei der Bewertung von Leistungen fließt der individuelle Fortschritt neben dem Ver-



gleich mit den vorgegebenen Standards mit ein; eine Transparenz der Ziele schulischen Wirkens und der Bewertung der Schülerinnen und Schüler ist für diese sicher zu stellen.

- Das Berufsbild des Lehrers muss sich an der Arbeit in Teams und Netzwerken orientieren.
- verstärkter Einsatz aktivierender und kooperativer Lernformen, die die Selbstständigkeit der Kinder und Jugendlichen bei der Problemlösung unterstützen
- Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, Angebote der außerschulischen Bildungsträger frei zu wählen und sich für unterschiedliche Bildungsträger zu entscheiden.

7. Bildung braucht Vielfalt

Schule – dies formulieren alle wissenschaftlichen Studien derzeit sehr deutlich – kann einem umfassenden Bildungsauftrag allein nicht gerecht werden.

Das derzeitige Schulsystem ist gekennzeichnet durch Überregulierung, Inputorientierung und Lehrplanfixierung, Kinder und Jugendliche und ihre individuellen Bedürfnisse gehen hier unter.

Diese schulischen Grundpfeiler gilt es aufzulösen. Schule muss auch in der Praxis offen werden für die Individualität jeder Schülerin und jedes Schülers mit ihrem/seinem jeweiligen Potential und Förderbedarf, für partizipa-

tive Lernformen und -methoden, für die Demokratisierung der Schulkultur und muss sich öffnen für die Vielfältigkeit von Lernformen und Lernorten. Lehrerinnen und Lehrer müssen darin unterstützt werden, sich von fachwissenzentrierten Fachkräften weiterzuentwickeln zu Pädagoginnen und Pädagogen, die Schülerinnen und Schüler in ihrer Bildungs- und Lebensplanung begleiten.

Schule besitzt kein Monopol über Bildungsprozesse. Gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen setzt Vielfalt voraus – an Bildungsangeboten, Bildungsorten und Personen.

Der Enquete-Bericht „Chancen für Kinder“ empfiehlt, das Verhältnis von formaler und



non-formaler Bildung neu zu definieren. Die Pädagogik in der Schule solle um non-formale Bildung ergänzt werden. Damit wird jedoch die Funktionalisierung von außerschulischen Bildungsakteuren für schulische Belange vorangetrieben.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht beschreibt, dass Bildung sich im Zusammenwirken von formalen, non-formalen und informellen Bildungsorten und Lerngelegenheiten ereignet. Die Settings, in denen sich Bildungsprozesse ereignen können, unterscheiden sich dabei grundlegend voneinander (bspw. in Bezug auf Freiwilligkeit, Intention, Planung, Zielbestimmung). Gerade ihre Unterschiedlichkeit aber ist konstitutiv für das Entstehen erfolgreicher Bildungsprozesse.

Kinder- und Jugendarbeit darf nicht reduziert werden auf bildungsbezogene Kooperationsangebote an Schulen – schon gar nicht, um Defizite im derzeitigen Schulsystem zu kompensieren. Die Kinder- und Jugendarbeit hat ein eigenes Profil und ein eigenes Handlungsfeld außerhalb von Schule, das in seiner Eigenständigkeit erhalten und ausgebaut werden muss. Erfolgreiche Kooperatio-

nen von Jugendarbeit und Schule können nur stattfinden unter der Maßgabe, dass auch in non-formalen Bildungsangeboten an Schulen die Arbeitsweise und die Prinzipien von Jugendarbeit gleichrangig anerkannt werden. Solche Kooperationen sind nicht an den Lernort Schule gebunden. Auch andere Felder der Jugendhilfe können in ihrer jeweils eigenen Ausprägung wichtige Kooperationspartner der Schule sein. Hier sind insbesondere Beratungsdienste sowie die Jugendsozialarbeit zu nennen.

Nordrhein-Westfalen braucht also Viererlei – und dies gleich gut:

- ein reformiertes Schulsystem
- eine gut ausgestattete und qualifizierte Kinder- und Jugendarbeit sowie
- ein verlässliches und qualifiziertes Jugendhilfesystem
- eine Vernetzung der Bildungskonzeptionen aller Bildungsträger

Je besser diese Bereiche aufeinander abgestimmt sind, desto höher die Chancen für Kinder und Jugendliche auf ein gelingendes Leben.



Landesjugendring NRW e.V.
Postfach 22 12 60
41435 Neuss

Tel.: 0 21 31/46 95-0
Fax: 0 21 31/46 95-19
E-Mail: info@ljr-nrw.de
Internet: www.ljr-nrw.de